

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 25. November 2013 (ganzer Tag)

Verfasser: Andreas Hauri, Zürich

Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2014 – 2016 (Andreas Hasler)

Die alljährliche Diskussion um neue Strassenprojekte zeigt vor allem eines: Es werden zu viele Strassen gebaut und der Veloverkehr wird vernachlässigt. Und so begann auch rasch die klassische grün-links-rechts Diskussion. Während die SVP mehr Geld fordert und auch die Staukosten von 140 Mio. Franken miteinberechnet haben will, fordert die glp mehr Landschaftsschutz (weniger Zersiedelung) und Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die sich abzeichnenden zeitlichen Verzögerungen der geplanten Strassenprojekte (aufgrund finanziellem Engpass und fehlenden Bundesgelder) erachtet die glp deshalb auch als unproblematisch und sogar sinnvoll.

Umsetzung Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Zürisee für alle“ (Thomas Wirth)

Hier geht es vor allem darum, ob für geplante Uferwege private Grundstücke von Eigenheimbesitzer in Ausnahmen enteignet werden können. Die glp ist der Ansicht, dass der Seeuferweg nicht zwingend immer direkt am Seeufer realisiert werden muss. Es benötigt rund um den Zürichsee individuelle Lösungen und Verhandlungen mit den Grundeigentümern. Allerdings soll durchaus im Ausnahmefall eine Drohung der Enteignung ausgesprochen werden können. Die Vorlage wurde mit 92 zu 72 ohne unsere Unterstützung angenommen.

Alkoholverbot während Nachtfahrten im Zürcher Verkehrsverbund (Daniel Hodel)

Auch wenn sich die glp einer gewissen Problematik bewusst ist, wehrt sie sich jedoch immer gegen mehr Verbote statt Ursachenbekämpfung. Personen welche pöbeln oder randalieren würde ein solches Verbot kaum beeindruckt. Richtigerweise müssten auch die Gratiszeitungen etc. im ZVV verboten werden. Uns geht dies zu weit und wir lehnen dies zusammen mit allen anderen Parteien – ausser der einreichenden EVP - ab.

Verzicht auf Mitgliedschaft bei Economiesuisse (Beni Schwarzenbach)

Das Postulat der SP und Grünen verlangt die Aufhebung der Mitgliedschaft, da sie nur einen Teil der Wirtschaft vertrete. Die Volkswirtschaftsdirektion ist zudem die einzige öffentliche Behörde welche Mitglied von Economiesuisse ist. Die glp erachtet die Mitgliedschaft ebenfalls als problematisch auch wenn dies in keiner Weise unsere Wirtschaftsfreundlichkeit in Frage stellen soll. Das Postulat wird 94 zu 73 nicht überwiesen.

Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss betreffend Erbschaftssteuerabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich (Benno Scherrer)

Diese Parlamentarische Initiative möchte mit einem Kantonsreferendum diesen Bundesbeschluss zur Volksabstimmung bringen. Die finanziellen Konsequenzen seien schwerwiegend und weitere, ähnliche Abkommen mit anderen Ländern werden befürchtet. Die glp unterstützt diesen Vorstoss damit dieser schädliche Bundesbeschluss entkräftet werden kann. Die Linke findet dieses Kantonsreferendum überflüssig und vertraut blindlings den Bundesbehörden. Mit 103 Stimmen ist die vorläufige Unterstützung zustande gekommen.

Abschaffung der Dringlichkeitsdebatte (Benno Scherrer)

Diese Parlamentarische Initiative betrifft eine „interne“ formale Angelegenheit, möchte mehr Effizienz bei dringlichen Themen und diese Debatte abschaffen. Selbst hier gingen die Meinungen auseinander. Die glp setzt sich für Effizienz ein und ist auch überzeugt, dass weiterhin genügend Möglichkeiten bestehen Themen rasch in den Rat zu bringen um darüber zu debattieren. Der Rat stimmte mit 96 zu 68 diesem Vorstoss zu.

Einzelinitiative über die Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Bewilligung eines Verpflichtungskredit von 21 Millionen Franken für den Bau der Strasse „Uster West“ (Andreas Hasler)

Seit der Abstimmung im Kantonsrat wurde die Linienführung im Norden der Strasse verändert, das Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung ist nicht mehr tangiert. Die neue Linienführung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin national bedeutende Moore dauerhaft beeinträchtigt werden, wie es in der Umweltverträglichkeitsprüfung heisst, und dass sich der Verkehr am Südende der Strasse konzeptlos in die Stadt Uster ergiesst. Wir Grünliberale erachten das Projekt Uster West deshalb immer noch als untauglich. Leider erreichte die vorläufige Unterstützung nur 38 Stimmen und ist somit erledigt.

Standesinitiative für die rasche Behebung der Engpässe auf der Bahnstrecke Uster – Wetzikon (Andreas Erdin)

Die glp unterstützt diese Einzelinitiative, hat sie selber doch bereits zweimal den praktisch gleichen Vorstoss im Rat leider erfolglos eingebracht. Handlungsbedarf besteht auf jeden Fall und so soll zukünftig mit einer Doppelspur (und evtl. Tunnel-Lösung) Verspätungen verhindert und Kapazitäten erhöht werden. Eigentlich eine logische Sache. Auch wenn die Finanzierung im Detail noch geregelt werden muss (Bund/Kanton) gilt es hier rasch Lösungen auszuarbeiten. Diese Einzelinitiative erreichte denn auch erfreulicherweise mit 75 Stimmen das notwendige Quorum.

Abschaffung der elektronischen Stimmabgabe (Jörg Mäder)

Eine parlamentarische Initiative der SVP und Grünen traut den heutigen und zukünftigen technischen Sicherheiten nicht und möchte dieses Thema grundsätzlich verbannen. Die glp anerkennt, dass die Umsetzung von e-Voting tatsächlich grosse technische Unsicherheiten beinhaltet. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung es sei heute verfrüht den e-Voting Stecker zu ziehen und sind gespannt auf die weiteren Entwicklungen. Leider erreichte diese PI das notwendige Quorum.

Steuerfreier Betrag (Sozialabzug) für Eltern (Judith Bellaiche)

Diese PI verlangt einen Ehegattenabzug von Fr. 2'600.- zur Entschärfung der Heiratsstrafe. Und wir sind mit den Initianten einverstanden: Dass im 2013 diese unsägliche Ungerechtigkeit zwischen verheirateten und unverheirateten Paaren noch nicht ausgerottet werden konnte, ist schlicht und ergreifend unverständlich. Der zusätzliche Abzug bringt zwar etwas Linderung, mit dieser PI wird allerdings lediglich Symptombekämpfung betrieben. Lieber wäre uns, das Problem von Grund auf aufzuarbeiten und aus der Welt zu schaffen. Die glp unterstützt diese PI trotzdem, weil sie in der Sache richtig ist und wird sich auch selber darüber Gedanken machen wir dieses Thema grundsätzlich optimiert werden kann. Die glp stimmte mit der Mehrheit und somit wird diese Parlamentarische Initiative mit 104 Stimmen vorläufig unterstützt.

Kinder- & Jugendhilfegesetz / Kleinkinderbetreuungsbeiträge (Christoph Ziegler)

Eine Parlamentarische Initiative (glp als Mitunterzeichnerin) möchte die neu festgelegten Beiträge wieder reduzieren und so auch die Gemeinden entlasten. Insbesondere konnte keine Entlastung Sozialhilfebeiträge festgestellt werden. Zudem erhalten heute nur bezugsberechtigte Personen, welche sich aktiv darum bemühen, diese Beiträge. Zweitens erachten wir diese Beiträge auch als zu hoch und die Bezugsgruppe wurde deutlich erweitert (auch an Personen welche diese Zusatzbeiträge nicht unbedingt benötigen). Der Anstieg für die Gemeinden beträgt heute mindestens 1 Steuerprozent und so fordert diese PI den Regierungsrat auf diesen Fehler zu beheben und allenfalls eine ausgewogene und günstigere Varianten zu präsentieren. Glücklicherweise fand dieser Vorstoss deutlichen Zuspruch mit 93 Stimmen.